Argentinisches Tageblatt

Seit 1889

Sonnabend, 5. Januar 2013 123. Jahrgang Nr. 31.909

Thatcher und der Malwinenkrieg

Großbritannien veröffentlicht Geheimdokumente

London/Buenos Aires (AT/dpa) - Es sei eine „so unfassbar dumme“ Idee gewesen, dass Margaret Thatcher sie nach eigenem Bekunden niemals für möglich gehalten hätte: Als die frühere britische Premierministerin im März 1982 erfuhr, dass Argentinien plante, die in Großbritannien Falklandinseln genannten Malwinen einzunehmen, war sie vollkommen überrumpelt. Das jedenfalls vertraute sie ihrem Tagebuch an, und wenig später auch einer Untersuchungskommission zu dem Militärkonflikt. Viele hätten damals wohl einiges dafür gegeben zu wissen, was hinter den Kulissen der großen Politik passierte. Erst dreißig Jahre später kommt dies nun heraus - und fasziniert die Menschen.

Alle paar Monate werden in Großbritannien per Gesetz solche einst geheimen Regierungsdokumente wie die Erinnerungen Thatchers freigegeben und an das Natio-nalarchiv weitergeleitet. Meist waren sie 30 Jahre lang geschützt. 2012 ging es bei den Veröffentlichungen mal um angeblich gesichtete Ufos, mal um sowjetische Agenten - und 30 Jahre nach dem Krieg zwischen dem Königreich und Argentinien eben auch um die Ereignisse dieser Zeit. Zum Ende des Jahres blicken die Briten wie gebannt auf Details, was damals im Kopf von Thatcher vorging.

„Ich hätte niemals gedacht, dass die Argentinier die Falklandinseln so direkt besetzen würden“, sagte Thatcher im Oktober 1982 vor dem Ausschuss - das entsprechende Protokoll ihrer Aussagen ist Teil der jetzt veröffentlichten Papiere. Es sei eine derart dumme Idee gewesen, dass sie nicht geglaubt habe, die Argentinier würden auch nur darüber nachdenken. Vorsichtsmaßnahmen hatte man aber trotzdem getroffen.

Thatcher und Reagan 1981.

Ihre Meinung habe sich erst am 31. März 1982 geändert, als sie Geheimdienstinformationen erhalten habe, dass eine Invasion bevorstehe: „Ich kann nur sagen, dass war der schlimmste Moment meines Lebens.“ Zu diesem Zeitpunkt habe ihr niemand sagen können, ob Großbritannien die Falklandinseln zurückgewinnen könne. „Wir wussten es einfach nicht.“

Die Malwinen liegen knapp 400 Kilometer vor der Küste Argentiniens und sind seit 180 Jahren von Großbritannien besetzt. Über die Jahrzehnte kam es immer wieder zu Konflikten, weil das Vereinigte Königreich die argentinischen Ansprüche auf die rohstoffreichen „Malvinas“ nicht anerkennt. Am 2. April 1982 hatte die damalige Militärjunta die Inseln besetzen lassen. Der darauffolgende Krieg zwischen Großbritannien und Argentinien, aus dem London als Sieger hervorging, dauerte 74 Tage und kostete 655 Argentinier und 253 Briten das Leben. Die wirkliche Zahl der Opfer dürfte allerdings weit über 1000 liegen, da viele an den Kriegserlebnissen leidende argentinische und britische Veteranen Selbstmord begingen.

Im Dauerstreit um die Inseln waren Großbritannien und Argentinien im vergangenen Sommer erneut verbal aneinandergeraten. Im Juni hatte die Frage die Vereinten Nationen beschäftigt. Im kommenden Jahr soll ein Referendum zeigen, zu welchem Land die Einwohner gehören wollen.

In den vergangenen 30 Jahren ist reichlich über den Malwinenkrieg geschrieben worden, doch wenig fasziniert so sehr wie das, was einst tatsächlich in den Köpfen der Verantwortlichen vorging. Es seien mit die „kraftvollsten Dokumente“ der vergangenen drei Jahrzehnte, sagte etwa Historiker Peter Hennessy dem Sender BBC. Man fühle regelrecht, wie die Ereignisse durch Thatchers Adern flössen: „Es ist unglaublich anschaulich.“

Vor allem zeigen die freigegebenen Dokumente, dass die „Eiserne Lady“ Thatcher alles andere als frei von Zweifeln war, was ein militärisches Eingreifen betraf. Obwohl die britische Premierministerin sich nach außen unbeugsam gab, erwog sie auch gut zehn Tage nach der Besetzung der Inseln durch Argentinien eine friedliche Beilegung des Konflikts. Eine der Optionen war dabei, dass Argentinien bei einem Rückzug seiner Truppen in der Selbstverwaltung der Malwinen hätte repräsentiert sein können. „Es wäre ein bemerkenswerter Erfolg gewesen, wenn wir dies zu einem Zeitpunkt erreicht hätten, an dem Großbritanniens militärische Position noch schwach war“, zitiert die Londoner Tageszeitung „The Guardian“ Außenminister Francis Pym aus den Dokumenten.

Im späteren Verlauf des Konflikts blieb Thatcher dann bekanntlich eisern. Laut den Dokumenten soll sie am 31. Mai 1982 einen letzten Vermittlungsversuch des US-Präsidenten Ronald Reagan abgelehnt haben. Zu diesem Zeitpunkt waren die Briten schon auf den Inseln gelandet. Reagan wollte mit seinem Anruf zur mitternächtlicher Stunde Thatcher an einer Demütigung Argentiniens hindern. Er fürchtete, dass Kuba und die Sowjetunion Profit daraus schlagen könnten. Thatcher konterte, „sie sei sich sicher, dass der Präsident genauso reagiert hätte, wenn Alaska einer ähnlichen Bedrohung ausgesetzt worden wäre“. In den Dokumenten ist auch erwähnt, dass Thatcher Ende Mai 1982, von einer Änderung des völkerrechtlichen Status der Inseln gesprochen hat. Dabei war die Rede von der Unabhängigkeit der Inseln oder einer Quasi-Unabhängigkeit.

Die freigegebenen Dokumente sind allderings nur eine Auswahl. So fehlen besispielsweise Unterlagen über die Versenkung des argentinischen Kreuzers Belgrano durch das britische Atom-U-Boot Conquerer, bei dem 323 argentinische Seeleute starben. Die Versenkung war von Thatchers Kriegskabinett angeordnet worden.

Regierungshörige Medien

Der erbitterte politische Zweikampf, den die Regierung gegen den Konzern „Clarín“ betreibt, täuscht über die landesweite Medienlandschaft, wie sie die Zeitung“Clarín“ selbst unlängst beschrieb. In einer Zusammenstellung über 18 Mediengruppen kommt die Zeitung zur Schlussfolgerung, dass die Regierung direkt oder indirekt rund 80 Prozent der landesweiten Medien entweder direkt kontrolliert oder indirekt beeinflusst. Hierbei wirken die finanziellen Subventionen für Medien, die sonst nicht überleben können. Es geht dabei um Tages- und Wochenzeitungen, um Zeitschriften, sowie um Fernsehkanäle, AM- und FM-Hörfunkstationen im ganzen Land. Das umstrittene Mediengesetz betrifft freilich nur Fernsehen und Hörfunk, nicht jedoch gedruckte Presseerzeugnisse, die täglich, wöchentlich oder gelegentlich erscheinen, davon auch einige, die gratis abgegeben werden und sich mit Anzeigen finanzieren.

Als regierungshörig zählen die sogenannte Gruppe Cristóbal López, deren TV-Flaggschiff der Fernsehkanal C5N ist; die Gruppe Vila-Manzano von Mendoza mit der Zeitung UNO, Zeitschriften, Fernsehen und Hörfunk; die Gruppe Telefónica mit dem Fernsehkanal Telefé und anderen Kanälen; Fernsehkanal 7, der der Regierung gehört, ebenso andere Hörfunkanstalten; die Gruppe Spolski-Garfunkel mit dem Fernsehkanal CN23, Zeitungen und Zeitschriften; die Gruppe Moneta mit Zeitschriften und Hörfunk; die Gruppe Pierri mit Fernsehen und Hörfunk; die Gruppe Ulloa mit Fernsehen und Hörfunk; die Gruppe González mit Kanal 9 und FM Aspen; die Gruppe Vignatti mit der Finanzzeitung „Ambito Financiero“, der englischsprachigen Zeitung „Buenos Aires Herald“ und anderen Medien; die Gruppe Gvirtz, die das regierungstreue Programm 6 7 8 im Staatskanal leitet; die Gruppe Olmos, die die Wirtschaftszeitung BAE herausgibt; der Hörfunkkommentator Víctor Hugo Morales, der morgens das Hörfunkprogramm von Radio Continental und andere Programme leitet; die Gruppe Santa María mit Zeitschriften und einem Rundfunkprogramm; der Regierungsaktivist Luis D´Elía mit zwei Hörfunkprogrammen; der Verlag La Página, der die Tageszeitung „Página 12“ herausgibt; die Maiplatz-Mütter, die eine Zeitschrift herausgeben und ein Hörfunkprogramm leiten; und die Firma Elektroingeniería, mit Fernseh- und Hörfunkstationen. Cristóbal López entließ unlängst den kritischen Kommentator Marcelo Longobardi vom meistgehörten Radio 10, nachdem er zuvor seinen Vertrag verlängert hatte, offenbar auf Geheiß der Regierung.

Die Aufstellung zeigt deutlich, wie die Regierung ihre Propagandamaschinerie im ganzen Land betreut und die staatlichen Anzeigen für über eine Milliarde Pesos im Jahr finanziert, ohne die die meisten Zeitungen und Fernseh- sowie Hörfunkanstalten nicht leben könnten. Nicht genehme Medien wie die Tageszeitungen „Clarín“ und „La Nación“ sowie die Wochenendzeitung „Perfil“ werden nur stiefmütterlich betreut, obwohl sie die größten Auflagen verzeichnen. Im Fall „Perfil“ missachtet die Regierung ein Urteil des Obersten Gerichtshof, das die obwaltende Diskriminierung gegen die Zeitung monierte.

Obwohl die Regierung direkt oder indirekt Einfluss auf zahlreiche Medien mittels Subventionen ausübt, gelingt es ihr nicht, das Publikum zu überzeugen, diese Zeitungen und Zeitschriften zu erwerben. „Clarín“ und „La Nación“ beherrschen die Szene der Tageszeitungen, obwohl auch beide Zeitungen unter dem weltweiten Auflagenschwund leiden, der die Medienlandschaft der gedruckten Presse seit Jahren begleitet. Die Regierung bemüht sich über das umstrittene Mediengesetz darum, beim Fernsehen und Hörfunk einzuholen, was sie kraft Auflagen der unabhängigen Presse verliert. Dass die beiden Zeitungen mit den größten Auflagen täglich die das Publikum interessierenden wichtigsten Nachrichten veröffentlichen und damit indirekt den Schwerpunkt der Tagespolitik bestimmen, ist für die Regierung sicherlich ärgerlich, denn Fernsehen und Hörfunk wiederholen die Nachrichten der Tagespresse mit Kommentaren zur Tagespolitik. Das erklärt auch den Zweikampf der Regierung mit „Clarín“, damit dieser Konzern Fernseh- und Hörfunkstationen im ganzen Land abgibt und der Regierungsstelle Afsca ermöglicht, die künftigen Lizenzen an willige Interssenten abzutreten, die ihre Dominanz in diesem Medienbereich vertieft. Vor allem bei Wahlpropaganda macht sich das bezahlt.

Schwaben gegen Thierse

Von Stefan Kuhn

Sie sind integrationsunwillig, verweigern sich der deutschen Sprache und bringen seltsame Bräuche aus der Heimat mit. Die Forderung „Schwaben raus“ ist in Berlin derzeit en vogue. Diese Inländerfeindlichkeit ist vor allem in linken Kreisen weit verbreitet. Auch hohe politische Würdenträger sind nicht davor gefeit. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) vermieste dem Stamm aus dem Süden Deutschlands durch ein Interview mit der Berliner Morgenpost die weihnachtliche Stimmung. Er fühle sich nicht mehr heimisch in seinem Viertel, weil in der Bäckerei „Wecken“ statt „Schrippen“ und „Pflaumendatschi“ statt „Pflaumenkuchen“ verlangt werden. „Ich wünsche mir, dass die Schwaben begreifen, dass sie jetzt in Berlin sind und nicht mehr in ihrer Kleinstadt mit Kehrwoche.“ Thierse sagte, er müsse in seinem Viertel Prenzlauer Berg schon unter „Artenschutz“ gestellt werden, weil dort 90 Prozent Zugezogene leben.

Hier muss man schon etwas relativieren. Unter „zugezogen“ versteht Thierse die demografische Entwicklung seit der Wiedervereinigung, und das ist nun mal ein seit zwei Jahrzehnten andauernder Prozess. Schon zu DDR-Zeiten war der Prenzlberg ein Ort, der junge Menschen aus der ganzen sozialistischen Republik anzog. Künstler, Studenten und Intellektuelle lebten dort. Thierse, in Breslau geboren und in Thüringen aufgewachsen, ist selbst ein Zugezogener.

Natürlich spielt der SPD-Politiker mit seiner Schwaben-Schelte auf ein reelles Großstadtproblem an: das der Gentrifizierung, der sozioökonomischen Milieuveränderung in bestimmten Stadtvierteln. Nur haben Schwaben damit weniger zu tun als die Vorokkupanten. Künstler und Studenten werten ein Viertel auf, in dem sie ein breites Kulturangebot schaffen. Das zieht andere, reichere Schichten an, die Mietpreise steigen, es wird saniert, und nach und nach werden die Altbewohner vertrieben, weil sie sich die Mieten nicht mehr leisten können. Irgendwann wird aus dem Bohème-Kiez ein bürgerliches Viertel. Dies ist meist kein natürlicher Prozess, er ist mit Spekulanten, Immobilienhaien und „Entmietungsexperten“ verbunden. Dagegen kann man mit Fug und Recht auf die Barrikaden gehen.

Thierses Überfremdungsängste entschuldigt das freilich nicht. Vor allem nicht, weil er sich selbst so vehement gegen Fremdenhass einsetzt. Vielleicht hat er ja ein Ventil gebraucht. Doch wenn er schon Schwaben-Bashing betreibt, sollte er sachlich bleiben. Die Kehrwoche ist zwar eine urschwäbische Erfindung, aber so vernünftig, dass es deutschlandweit ähnliche Regelungen gibt. Wer soll sonst Treppenhaus und Bürgersteig reinigen, wenn es keinen Hausmeister oder angestelltes Putzpersonal gibt? Zudem ist Berlin nach eigener Definition „ein Dorf“. An die Mammutaufgabe, daraus eine schwäbische Kleinstadt zu machen, wird sich kein echter Schwabe wagen. So einer schafft zwar gerne, aber „net für d’ Katz“.

Thierse mag sich mit dem dialektischen Materialismus auskennen, an der schwäbischen „Dialektik“ scheitert er. Der „Pflaumendatschi“ ist definitiv eine Berliner Erfindung, vermutlich wollte da ein Bäcker den Hauptstädtern etwas Exotisches vorgaukeln. „Datschi“ sagt man zwar von Augsburg bis ins Allgäu und Österreich, doch Pflaumen statt Zwetschgen für diese Art Hefekuchen zu verwenden, wäre ein Sakrileg. Was die „Schrippen“ angeht, sollte Thierse etwas toleranter sein. „Wecken“ statt Weckle oder Wegga sagt ein Schwabe nur, wenn er versucht,

Hochdeutsch zu reden, also sich anzupassen.

Den Protest aus dem Südwesten kann Thierse nicht verstehen. Der war parteiübergreifend. EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU), Grünen-Chef Cem Özdemir und Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) kritisierten den Bundestagsvize heftig. Dieser wiederum hält die „organisierte Schwabenschaft“ für humorlos. „Berliner haben mehr Witz.“

Läuft man durch die Straßen des Prenzlauer Bergs, begegnet man diesem Witz. „Tötet Schwaben“ liest man da häufig an den Hauswänden. Das ist zwar nicht so recht ernst gemeint, aber spaßig ist es auch nicht. Neonaziparolen, Fremdenhass, die Suche nach Sündenböcken, und Thierse gibt sich als Schwabenhasserversteher. Anpassen sollen die sich, ebenso wie die Türken. Vielleicht hat man Thierses Humor wirklich gründlich missverstanden. Mag sein, er wollte nur seinen Parteifreund Thilo Sarrazin karikieren. Wahrscheinlicher ist, dass er sich im Alter nach dem DDR-Prenzlberg zurücksehnt.

Randglossen

Außenminister Héctor Timerman empfing eine Delegation der jüdischen DAIA, die besorgt war, dass die argentinische Regierung Verhandlungen mit der Regierung Irans eingeleitet hat. Bekanntlich fordert Staatsanwalt Nisman, dass acht Iraner, Mitglieder der Regierung, ausgeliefert werden, um hierfür ihre Verwantwortung für das Attentat gegen das jüdische Hilfswerk AMIA vor Gericht gebracht zu werden. Iran hat das bisher stets abgelehnt. Timerman betonte, dass die neuen Verhandlungen, über deren Inhalt er nichts verriet, keinen Deut am Gesuch der argentinischen Justiz ändern, derweil Iran bei der Weigerung verharrt, die beschuldigten Beamten auszuliefern. Eine Gerichtsverhandlung in einem dritten Staat, über die bereits gemutmaßt wurde, lehnte Timerman ebenfalls ab. Fazik: Null komma garnichts.

Die Fregatte Libertad befindet sich auf hoher See Richtung Hafen von Mar del Plata, den die Präsidentin Cristina Kirchner anstelle von Buenos Aires bestimmt hat. Inzwischen muss die Zufahrt des Hafens schnellstens ausgebaggert werden, um zu ermöglichen, dass die Fregatte ungehindert in Mar del Plata einlaufen kann, wo sie sicherlich mit Freuden erwartet werden wird, nachdem sie rund drei Monate im Hafen von Ghana festsaß, weil die Justiz ein Gesuch der Geierfonds für die Beschlagnahme der Fregatte gebilligt hatte. Vorgesehene Besuche anderer afrikanischer Häfen wurden verständlicherweise abgesagt, womit auch vermieden wurde, dass die Geierfonds neue Beschlagnahmen verursachen. In den letzten Jahren hatte die Fregatte nur südamerikanische Häfen besucht, wo die Geierfonds offenbar machtlos sind. Künftig dürften afrikanische Häfen gemieden werden. Afrika ist für die Fregatte ein gefährliches Pflaster.

Der Mann hat ja prinzipiell Recht, aber Recht haben heißt nicht immer, dass man richtig liegt. Da war SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück nun wochenlang unter Beschuss wegen seiner üppigen Honorarforderungen für Vorträge. Kaum ist das beendet, tritt er erneut ins Fettnäpfchen. Ein Bundeskanzler verdiene zu wenig. Klar, im Vergleich zum Vorstandsvorsitzenden von Siemens führt er ein größeres Unternehmen, hat mehr Verantwortung, trifft wichtigere Entscheidungen. Dennoch ist es nicht unbedingt eine gute Idee, dem Wähler zu erklären, dass man den Job, für den man sich bewirbt, für schlecht bezahlt hält.

Frauen, Saufen, Schlägereien - bisher hat man ihm seine Extravaganzen verziehen, er war ein großer Schauspieler und vor allem Franzose. Als Schauspieler ist Gerard Depardieu inzwischen auf dem absteigenden Ast, vermutlich weil er nur noch sich selbst spielen kann: einen alternden aggressiven Frauenhelden. Franzose ist er inzwischen auch nicht mehr. Aus Wut über die Reichensteuer von 75 Prozent, die Frankreichs regierende Sozialisten einführen wollen, ist er nach Belgien gezogen und will die französische Staatsbürgerschaft ablegen. Das dürften wohl viele französische Millionäre so ähnlich machen, aber nicht mit so viel Radau. Seit Donnerstag ist Depardieu russischer Staatsbürger. Das ist ein gutes Geschäft. Er zahlt 13 Prozent Steuern und muss lediglich für Putin den Tanzbär geben.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

(Fortsetzung von Seite 20)

ARGENTINIEN

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu $ 4,94, um 0,41% über der Vorwoche und um 0,30% über Ende Dezember 2012. Die ZB-Reserven betrugen zum Donnerstag u$s 43,27 Mrd. Der Rofex Terminkurs lag zum 31.03. bei $ 5,142, zum 30.06.13 bei $ 5,42, zum 30.09.13 bei $ 5,725 und zum 29.11.13 bei $ 5,92. Der Terminkurs per Ende November 2013 lag um 22,54% über dem Tageskurs. Der Schwarzkurs erreichte bei Dollarnoten den historischen Höchststand von $ 7,07.Viele Personen, die ins Ausland reisen wollten (besonders nach Punta del Este) und die Devisen bei der AFIP beantragt hatten (und dabei alle Bedingungen für die Zuteilung erfüllten) erhielten keine Dollar und mussten sie in letzter Minute auf dem Schwarzmarkt kaufen, der deshalb einen wahren Anstoss von Käufern verkraften musste.

***

Der Merval Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnete in einer Woche zum Donnerstag ein Minus von 4,79% und lag 4,24% über Ende 2012.

***

Par-Bonds in Pesos gewannen zur Vorwoche 0,54%, Discount-Bonds in Pesos verloren zur Vorwoche 3,71%, Boden 2014 verloren 0,25%, Boden 2015 stiegen zur Vorwoche 1,21%, und Boden 2013 gewannen 0,39%.

***

Gold wurde am Donnerstag in Buenos Aires (Banco Ciudad) bei 18 Karat zu $ 176,58 (Vorwoche $ 173,08) je Gramm gehandelt, und bei 24 Karat zu $ 252,26 (Vorwoche $ 247,25).

***

Der Bau der U-Bahn unter der Strecke der Sarmiento-Vorortei-senbahn (vom Bahnhof Once, in der Stadt Buenos Aires, bis Haedo) stockt, obwohl Innen- und Transportminister Florencio Randazzo Anfang Juli 2012 den unmittelbaren Beginn der Arbeiten angekündigt hatte. Das Projekt war schon 2006 ausgeschrieben worden, und wurde 2008 an einen Konzern der lokalen Firmen Iecsa, Comsa, plus der brasilanischen Odebrecht und der italienischen Ghella zugeteilt. Aber es geschah danach faktisch nichts. Die in Deutschland von der Firma Herrenknecht gebaute Bohrmaschine, die sich seit Monaten im Land befindet, wurde noch nicht in Betrieb genommen. Ebenfalls gab es keine Fortschritte beim Bau der Zementblocks, die für die Verkleidung des Tunnels eingesetzt werden müssen. Das Projekt wurde im Juli auf $ 11,78 Mrd. veranschlagt und wird voraussichtlich viel mehr kosten. Doch dem Staat ist das Geld ausgegangen, und die ANSeS-Fonds, die für diesen Zweck bestimmt werden sollten, werden jetzt für die Finanzierung von YPF eingesetzt. Die Regierung hat offensichtlich keine realistische Finanzplanung durchgeführt, und auch alternative Lösungen bei Seite gelassen. Einmal wäre es logisch gewesen, zunächst die U-Bahn nur in der Stadt Buenos Aires zu bauen. Und dann hätte auch erwogen werden sollen, ob nicht einfach zahlreiche Tunnels und Brücken unter oder über der Sarmiento-Bahn gebaut werden sollten, um das Verkehresproblem zu lösen. Dies hätte auf alle Fälle nur einen Bruchteil des ganzen U-Bahnprojektes gekostet und hätte schon längst fertig sein können.

***

Ab letztem Dienstag haben fünf Vorortgemeinden der Stadt Buenos Aires eine Gebühr von 10 Cents pro Liter Benzin und 5 Cents pro cbm Gas eingeführt. Es handelt sich um die Bezirke Moreno, San Miguel, General Rodriguez, San Fernando und Vicente Lopez. Voraussichtlich werden sich weitere Bezirken anschliessen. Diese Gebühr soll für die Instandhaltung der Strassen eingesetzt werden. Nachdem die Stadt und die Provinz Buenos Aires schon eine Steuer dieser Art angekündigt

hatten, hat die Regierung beim Obersten Gerichhof beantragt, dass er diese Steuern als verfassungswidrig erkläre. Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat ihrerseits versucht, die Bürgermeister von der Einführung dieser Gebühr abzuhalten, war dabei jedoch nicht erfolgreich.

***

Nach YPF hat auch Shell den Preis für Benzin und Dieselöl (um 7,5% bis 8,9%) erhöht. Superbenzin nimmt von $ 6,689 auf $ 7,224 pro Liter zu, und Dieselöl von $ 5,499 auf $ 5,989.

***

Der EMAE-Index des Statistischen Amtes (INDEC), der eine grobe Schätzung des BIP darstellt, lag im Oktober um 3% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 1,1% über September. Die ersten 10 Monate 2012 liegen somit um 2% über dem Vorjahr.

***

Der Index der Bautätigkeit des INDEC lag im November um 5,3% unter dem gleichen Vorjahresmonat, womit die ersten 11 Monate 2012 um 2,7% unter dem Vorjahr lagen.

***

Die Regierung hat in der Vorwoche durch Beschluss 1388/12 des Kabinettschefs die Ausgaben des Nationalstaates um weitere $ 1,28 Mrd. erhöht. Insgesamt wurden 2012 die Staatsausgaben um $ 53,04 Mrd. auf $ 590 Mrd. erhöht. Der Betrag der zusátzlichen Ausgaben, der jetzt verfügt wurde, wird voll mit Verschuldung gegenüber der ZB finanziert. Das Defizit nimmt ständig zu.

***

Die Regierung hat die Export-steuer für Erdöl gesenkt, die bisher bei einem Preis von über u$s 60,90 je Barrel erhoben wurde. Jetzt beginnt die Steuer bei u$s 80. Während bisher für den Preis, den die Erdölunternehmen beim Export erhielten, die Obergrenze u$s 42 betrug, wird sie jetzt auf u$s 70 erhöht, allerdings nur solange der Exportpreis über u$s 80 je Barrel liegt. Dies gilt als Ersatz des unlängst abgeschafften Systems "Petroleo Plus", bei dem die Erdölunternehmen für zusätzliche Produktion u$s 28 je Barrel mehr erhielten. Wenn der Nettopreis steigt, den die Unternehmen beim Erdölexport erhalten, werden sie auch einen entsprechend höheren Preis für Lieferung an Raffinerien fordern, was auf Preise von Benzin, Dieseltreibstoff, Heizöl, Kerosin und Schmiermittel abgewälzt werden muss.

***

Die Brüder Carlos und Alejandro Bulgheroni, Inhaber des Erdölunternehmens Bridas (das mit 40% an Pan American Energy beteiligt ist, wobei die restlichen 60% British Petroleum gehören) haben ein Investitionsprogramm von u$s 3,4 Mrd. zwischen 2013 und 2017 angekündigt, um die traditionelle Produktion von Erdöl und Gas zu erhöhen, und dann noch u$s 1,5 Mrd. bereitgestellt, um zusammen mit YPF binnen zwei Jahren das Schiefergasgebiet von "Vaca Muerta", Provinz Neuquén, zu erforschen und auszubeuten. Hinzu kommen dann noch u$s 500 Mio. die Bridas als reine Finanzierung (also Kredit) für das Projekt bereitstellt. Bei Bridas ist die chinesische CNOOC beteiligt, die sich nicht zum Vorschlag geäussert hat. Bridas würde gemäss dem Abkommen mit YPF 35% des geförderten Gases bei "Bajada de Añelo" und 24,5% bei "Bandurria" erhalten, bei dem die Firma schon 15% hält. Zum Unterschied mit dem Abkommen zwischen YPF und Chevron soll in diesem Fall schon eine Übertragung von YPF-Aktiven auf Bridas stattfinden.

***

AFIP-Direktor Ricardo Echegaray, dessen Amtsperiode Ende 2012 abgelaufen ist, wurde als Leiter dieses Amtes bis Ende 2016 bestätigt. Er war am 30. Dezember 2008 an Stelle von Claudio Moroni als Generaldirektor angetreten, aber zunächst für vier Jahre, die jetzt um eine gleichlange Periode erweitert wurden. Echegaray kann gesamthaft eine gute Leistung vorweisen, die in einer starken Zunahme der Steuereinnahmen zum Ausdruck gekommen ist. Das ist jedoch auf das BIP-Wachstum und die hohen Weltmarktpreise für Getreide und Ölsaat, die hohe Exportzölle erlaubten, zurückzuführen, und auch auf die Einführung moderner Computertechnologie. Echegaray war vorher Leiter des ONCCA-Amtes, das Subventionen im landwirtschaftlichen Bereich (für Weizenmühlen, Feed-lots u.a.) verteilte. Hier war er angeklagt worden, eine hohe Subvention an einen nicht existierenden feed-lot gezahlt zu haben, der angeblich seiner Frau gehörte.

***

Die Regierung der Provinz Córdoba entschied per Dekret, die Endstation für Fernomnibusse in der Hauptstadt rückzuverstaatlichen. Zuvor war das Terminal 24 Jahren in privaten Händen.

***

**Im Rahmen der Politik der Importsubstitution kaufen die in Argentinien ansässigen Bergbaufirmen in diesem Jahr bei lokalen Lieferanten für insgesamt u$s 900 Mio. ein, berichtete der Staatssekretär für Bergbau, Jorge Mayora**l. "Der Bergbau kauft jährlich Güter für einen Wert zwischen u$s 1,6 Mrd und u$s 1,8 Mrd. Davon wurde bereits 30% auf lokale Lieferanten verlegt. Bis Ende 2013 soll der Anteil auf 50% steigen", sagte Mayoral.

***

Die erste offizielle Handelsmission in diesem Jahr startet am 11. Januar nach Indonesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Neben den 150 Unternehmern nehmen an dieser Reise auch der Landwirtschaftsminister Norberto Yahuar teil, sowie die Staatssekretäre für den Binnen- und Aussenhandel, Guillermo Moreno und Beatriz Paglieri teil.

***

Mehr als 450.000 Steuerpflichtige in der Provinz Buenos Aires wurden vom lokalen Steueramt ARBA aufgefordert, die säumige Bruttoumsatzsteuer zu zahlen. Das bezieht sich auf Unternehmen, die ihren Sitz in der Provinz haben, sowie auf solche, die nur einen Teil ihrer Produkte dort verkaufen.

***

Wer mit Scheckkarte ("tarjeta de débito") zahlt, erhält auch bis Ende 2013 die Rückerstattung von 5 Prozentpunkten der MwSt. Diese Norm gilt seit 2001 ununterbrochen, wurde jetzt per Dekret verlängert, und betrifft Einkäufe bis zu einer Höchstgrenze von $ 1000 oder auch solche, die in Feuerland oder in den zollfreien Zonen getätigt werden.

***

Bis Ende Mai ist die Frist verlängert worden, um gebrauchte Maschinen und Anlagen in Tierra del Fuego zu importieren, die eine Produktionseinheit bilden, aber nur unter der Bedingung, dass sich die Unternehmen verpflichten, kein Personal zu entlassen. Ausserdem wurden die Begünstigungen der industriellen Förderung für alle im Bereich der Elektronik auf Feuerland ansässigen Unternehmen verlängert. Dies betrifft vor allem solche Produkte wie Notebooks, Netbooks, Tablets, Modems, digitale Fotoapparate und Ebook-reader. Damit soll der Prozess der Importsubstitution beschleunigt werden. Die Regierung ist bestrebt, dass die Montagebetriebe in Tierra del Fuego immer mehr in Argentinien gefertigte Teile verwenden. Das ist jedoch bei elektronischen Produkten schwierig, weil es sich um Komponente handelt, die meistens in asiatischen Ländern in sehr grossen Mengen und zu entsprechend niedrigen Kosten erzeugt werden.

***

Das Wasserkraftwerk Yacyretá erreichte 2012 eine Rekordleistung von 20.091,2 Gigawattstunden, von denen 17.540,4 GWSt dem argentinischen Verbundnetz zugeführt und 2.550,8 GWSt. an Paraguay geliefert wurden. Planungsminister Julio de Vido erklärte, das Projekt eines kleineren Wasserkraftwerkes am Nebenarm des Paraná-Flusses, bei Yacyretá, genannt Aña Cuá, mit 5 Turbinen und einer Lesitung von 10% der von Yacyretá. sei schon fertig, müsse jedoch noch vom paraguayischen Parlament genehmigt werden. Aña Cuá war unter Menem schon ausgeschrieben und in Konzession an einen privaten Konzern zugeteilt worden, was nachher wegen der Krise von 2011/02 rückgängig gemacht wurde, da keine Finanzierungsmöglichkeit mehr bestand. Jetzt soll das Kraftwerk vom staatlichen binationalen Unternehmen EBI (Argentinien und Paraguay) durchgeführt werden, was die argentinischen Staatsfinanzen belasten wird.

***

Der Lohnindex des INDEC verzeichnet im November eine Zunahme von 2,3%, wobei die Löhne bei privaten Arbeitnehmern um 2,4% und bei Schwarzarbeitern um 3,4% stiegen, jedoch bei der Staatsverwaltung nur um 1,3% zunahmen. Die Erhöhung betrug ab Dezember 2011 21,3%, bzw. 22,2% bei legal arbeitenden Arbeitnehmern der Privatwirtschaft, 26,5% bei Schwarzarbeitern und 15,8% bei staatlich beschäftigten. Der Reallohn nahm somit durchschnittlich bei den legal beschäftigten ab, ganz besonders im öffentlichen Bereich, wenn man von einer Preiszunahme von etwa 25% ausgeht. Doch bei der Privatwirtschaft waren die Zulagen im letzen Jahr stark differenziert, wobei bestimmte Gruppen, besonders die Erdölarbeiter, viel höhere Zulagen erreichten, während andere zurückblieben.

***

Die ZB hat bei ihrer Wechselausschreibung vom Mittwoch Offerten für $ 2,83 Mrd. erhalten und für $ 2,76 Mrd. angenommen. Gleichzeitig verfielen Wechsel für $ 2,63 Mrd. so dass netto $ 139 Mio. aufgesogen wurden. Es wurden nur Offerten für Lebac angenommen, die eine feste Verzinsung haben. Die $ 38 Mrd. die für Nobac (die mit Badlar-Zinssatz plus 2,50% verzinst werden) wurden abgewiesen. Die Zinsen gingen von 12,07% für 56 Tage bis zu 16,92% für 714 Tage. In allen Fällen liegen die Zinssätze unter der Inflationsrate und sind somit real negativ.

***

Die Consulting-Firma Tendencias hat eine Zunahme der Entlassungen im Dezember gegenüber dem Vorjahr um 89% auf 2.259 Einzelfälle ermittelt. An erster Stelle stand dabei die Bauwirtschaft. Im ganzen Jahr 2012 stiegen die zeitlich befristeten Aufhebungen der Arbeit um 62,5%, während die Entlassungen um 574% zunahmen. Es gab 2012 auch 70% mehr Streiktage als im Vorjahr.

***

Der Wirtschaftler Fernando del Corro hat ermittelt, dass Argentinien 2012 20 Feiertage hatte, plus 5, die nur für Staatsbeamte und Bankangestellte galten. Argentinien wird von Iran mit 26 Tagen übertroffen, liegt jedoch weit über den USA und Grossbritannien mit nur 10. Für 2013 sind in Argentinien 17 Feiertage vorgesehen, von denen 5 verlegt werden, um längere Wochenende zu bilden und den Tourismus zu fördern.

***

Die Steuereinnahmen der Provinz Buenos Aires erreichten 2012 $ 45,93 Mrd. 31% mehr als 2011. Davon entfielen $ 33,44 Mrd. auf die Bruttoumsatzsteuer (+28%), $ 3,62 Mrd. auf die Immobiliensteuer (+67%), $ 2,81 Mrd. auf die Kfz-Steuer (+35%) und $ 3,99 Mrd. auf die Stempelsteuer (+35%). Die Pläne, durch die geschuldete Steuerbeträge in Raten gezahlt werden, ergaben $ 1,56 Mrd. (+25%). Die Provinz Buenos Aires hat eine reale Zunahme ihrer eigenen Steuereinnahmen erreicht, was vornehmlich auf den Sprung bei der Immobiliensteuer zurückzuführen ist, die in vielen Fällen drastisch erhöht wurde.

***

Der Haushalt 2012 wurde seinerzeit vom Kongress mit Gesamtausgaben über $ 505,13 Mrd. gebilligt. Durch die sukzessiven Ausgabeerweiterungen als Folge der "Supervollmachten" sowie der Notstandgesetze erreichten die Ausgaben einen Gesamtbetrag von $ 588,29 Mrd. also $ 83,16 Mrd. mehr als ursprünglich vorgesehen. Dieser Zusatzbetrag wurde zum grössten Teil über Schulden, aber auch mit Geldern der Zentralbank, der Sozialversicherung (ANSeS) sowie anderer öffentlichen Ämter gedeckt. Das Defizit des Bundes könnte laut guten Schätzungen $ 85 Mrd. erreichen, und das der Provinzen würde bei $ 30 Mrd. liegen.

***

Stillschweigend hat die Regierung die Verträge mit den Betreibern von Bundesstrassen und Autobahnen neu ausgehandelt. Diese waren Mitte letzten Jahres abgelaufen. Die neuen Verträge beinhalten eine wichtige Neuregelung gegenüber der letzten Änderung von Anfang 2010: die Regierung übernimmt die Kosten für die Investitionen für Erweiterung, die bislang von den Betreibern bezahlt wurden. Im Klartext heisst es, dass die Einnahmen aus den Mautgebühren von den Betreibern für Löhne, Gehälter und Instandhaltung eingesetzt werden, und die Bauarbeiten für neue Strassen vom Staat finanziert werden.

***

**Die bilaterale Handelsbilanz mit Brasilien erreichte im Dezember ein Plus von u$s 221 Mio für Argentinien,** den höchsten positiven Betrag seit dem Jahr 2002, berichtet das Consulting-Büro abeceb. Dennoch hat Argentinien das Jahr 2012 im bilateralem Handel mit einem Defizit von u$s 1,56 Mrd. beendet. Dank der Importrestriktionen von 2012 konnte das Defizit um 73% verringert werden: 2011 lag das argentinische Defizit im Handel mit dem Nachbarn bei u$s 5,80 Mrd.

***

Wegen möglichem Dumping beim Import von Dreiphasen-Transformatoren aus China und Südkorea hat das Aussenhandelssekretariat eine Untersuchung eröffnet. Dabei geht es um Ausrüstungen mit über 10.000 Kw.

***

Während der zwei letzten Dezemberwochen haben viele Sparer ihre Dollar aus den Tresoren auf ihre Bankkonten gebracht, um ein Vorteil der Steuergesetzgebung auszunutzen, nach dem diese Depositen nicht bei der Berechnung der Vermögenssteuer berücksichtigt werden, wie es bei Haltung von Bardollar der Fall ist.

***

Wie der Verband der Kfz-Agenturen ACARA berichtet, sind letztes Jahr insgesamt 840.678 Autos u.a. Kfz ins Register eingetragen worden, ein Minus von 2% gegenüber dem Rekordjahr 2011. Doch im Dezember waren es mit 37.063 Kfz 4,5% weniger als im Vorjahr. Von den 2012 eingetragenen Kfz waren 58% importiert und 48% lokal erzeugt. An erster Stelle stand VW mit einem Marktanteil von 19,8%, gefolgt von Chevrolet mit 16,1%, Renault mit 14,4% und Ford mit 12,2%. Danach kamen Fiat, Mercedes Benz u.a. Automobile machten 76% der Meldungen aus. Der Rest entfiel auf Kleinlaster und Lastwagen.

***

Im November lag die Zahl der Immobilienübertragungen in der Bundeshaupstadt mit 3.466 für insgesamt $ 1,56 Mrd, in Werten um 43,5% unter dem gleichen Vorjahresmonat, berichtet der Verband der Notare der Stadt. In 11 Monaten 2012 betrug der Rückgang 27%. In Dollarwerten, zum offiziellen Kurs, lag der Rückgang im November bei etwa 50%, und zum Schwarzkurs war es noch mehr. Dies hat u.a. zu einem bedeutenden Verlust von Arbeitsplätzen bei der Bauwirtschaft geführt. Das Arbeitsministerium berichtet, dass die Beschäftigung in der Bauwirtschaft in 12 Monaten zum September 2012 um 9,5% abgenommen hat, was insgesamt um die 100.00 Arbeitsplätze darstellt, von denen 40.000 auf legal eingetragene Arbeitnehmer entfallen. Hinzu kommen noch schätzungsweise 35.000 Arbeitsplätze, die bei den Immobilienmaklern verloren gingen.

***

Das Industrieministerium hat bisher weiche Kredite der Banco Nación für den Kauf von Lastwagen, Anhängern, Landwirtschafts- und Strassenbaumaschinen für insgesamt $ 1,4 Mrd. zugeteilt. Der Zinssatz wurde hier vom Ministerium subventioniert und lag netto zwischen 5% und 10%.

LATEINAMERIKA

Die Zahl der Staatsangestellten in Kuba nahm 2012 um 5,7% ab, während die private ("nicht staatliche") Beschäftigung um 23% stieg, berichtete Wirtschaftsminister Adel Izquierdo Rodriguez. Beim Staat wurden 2012 228.000 Posten gestrichen, die zu den 137.000 von 2011 hinzukamen. Bis 2016 sollen es insgesamt eine Million sein. Die Zahl der privat Beschäftigten hat sich in 2 Jahren auf 1,1 Mio Menschen verdoppelt. In diesen Zahlen kommt der Übergang zu einem weniger umfassenden Kommunismus zum Ausdruck, den Raul Castro eingeleitet hat

***

Für die lateinamerikanischen Börsen war 2012 ein gutes Jahr. An der Spitze steht Mexiko, mit einer Kurszunahme von 17,8%, gefolgt von Kolumbien mit 16,6% und Argentinien mit 15,9%. Danach kommt Brasilien (Sao Paulo) mit 7,4%, Uruguay (Montevideo) mit 6,1%, Peru (Lima) mit 5,9% und Chile mit 2,9%.

***

Obwohl Brasilien für 2012 eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes von knapp über 1% ausweist, nahm die Beschäftigung in den städtischen Gebieten um 3,6% zu, so dass das Jahr mit einer Arbeitslosenrate von 5,5% endete. Die Arbeitslosigkeit ist von 11,6% im Jahr 2002 ununterbrochen zurückgegangen.

***

In Paraguay erwarten Wirtschaftler für 2013 ein BIP-Wachstum von 8% bis 10%, nach einem Rückgang von 1,5% im Jahr 2012 und einem Wachstum von 4,4% 2010. Die optimistische Aussicht beruht auf der Schätzung einer hohen Ernte, bei Getreide und Ölsaaten von insgesamt 13 Mio. t.

***

Im Jahr 2012 gab es deutlich mehr ausländische Investitionen in Brasilien als am Anfang des Jahres erwartet. Das Interesse von multinationalen Unternehmen war unter anderem aufgrund der steigenden brasilianischen Kaufkraft und der großen Anzahl an Arbeitskräften gestiegen. Die brasilianische Zentralbank veröffentlichte kürzlich Daten über das Volumen der ausländischen Direktinvestitionen. Im Zeitraum von Januar bis November 2012 wurden demnach insgesamt u$s 59,89 Mrd. in Brasilien investiert. Damit wurden die optimistischsten Erwar-

tungen von Experten übertroffen und die zweithöchsten Investitionen seit Beginn der Messung getätigt. Lediglich im Jahr 2011 wurde von Seiten ausländischer Unternehmen mehr investiert. (Brasilnews)

***

Bolivien hat vier Unternehmen des spanischen Energiekonzerns Iberdrola verstaatlicht. Präsident Evo Morales unterzeichnete am vergangenen Samstag ein entsprechendes Dekret für die Stromversorger Electropaz, Elfeo und Eldeser sowie den Verwaltungskonzern Cadeb. Die Verstaatlichung sei unabwendbar geworden, um gerechte Strompreise und eine gleichwertige Versorgungsqualität in Stadt und Land zu sichern, hieß es zur Begründung. Die spanische Regierung bedauerte den Schritt. In einer am späten Samstagabend in Madrid veröffentlichten Mitteilung forderte das Außenministerium eine «gerechte Entschädigung». Außerdem hieß es, Bolivien müsse für Rechtssicherheit im Lande sorgen. Das sei für «alle ausländischen Investitionen unerlässlich». Nach spanischen Medienberichten vom Sonntag wird Iberdrola eine finanzielle Entschädigung von rund E 75 Mio. verlangen. Die bolivianische Regierung hatte im Mai den größten Stromanbieter des Andenlandes, Transportadora de Electricidad, verstaatlicht, dessen Aktien sich zu fast 100% im Besitz des spanischen Energiekonzerns Red Eléctrica de España (REE) befanden. (dpa)

***

Die Aussenschuld von Ecuador lag bis Ende Oktober 2012 bei u$s 15,64 Mrd. eine innerjährliche Zunahme von 3%. Wie die Zentralbank in Quito weiter berichtete, entspricht dieser Betrag 22% des bis Ende 2012 angenommenen BIPs von u$s 72 Mrd.

***

Brasiliens Handelsüberschuss fiel von u$s 29,79 Mrd 2011 auf u$s 19,44 2012, berichtete das Ministerium für Industrie und Aussenhandel.

***

Die Währungsreserven der brasilianischen ZB nahmen 2012 um 7,6% auf einen Rekordstand von u$s 378,6 Mrd. zu.

***

Die Zahl der Verkäufe von Automobilen, Kleinlastern und Lastwagen stieg in Brasilien 2012 um 4,6% auf 3,8 Mio. Einheiten. An erster Stelle stand FIAT mit einem Marktanteil von 23,1%, gefolgt von VW mit 21,1%, General Motors mit 17,7%, Ford mit 8,9% und Renault mit 6,6%.

Die schwierige Erhaltung des Konsums

Ein wesentlicher Bestandteil der als "das Modell" bezeichneten Wirtschaftspolitik der Kirchner-Regierungen besteht in der Förderung des Konsums. Für den Keynesianer Axel Kiciloff, der bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle spielt, u.a. weil er einen grossen Einfluss auf die Präsidentin hat, geht es um die Erhaltung der "effektiven Nachfrage". Das bedeutet, dass die Bevölkerung gesamthaft eine Kaufkraft haben muss, die ausreicht, um einen zunehmenden, (oder zumindest nicht abnehmenden) Konsum zu finanzieren. Wenn man sich dies jedoch etwas genauer überlegt, tauchen sofort Zweifel auf. Das offizielle Postulat bedeutet zunächst, dass der Reallohn zumindest erhalten wird, dann, dass die Beschäftigung nicht abnimmt, und schliesslich, dass die selbstständig Tätigen ausreichend beschäftigt sind. Und all dies erscheint fragwürdig.

Das für allgemeinen Konsum bestimmte Einkommen der Bevölkerung wird in letzter Zeit durch allerlei Tarif- und Steuerzunahmen geschmälert. Die Provinzen und Gemeinden, angefangen mit der Stadt Buenos Aires, erhöhen ihre Steuern und Gebühren am laufenden Band, durch höhere Sätze, Steuerzusätze, Erhöhung der Bewertung von Immobilien und Schaffung neuer Steuern. Die Tarife für öffentliche Dienste werden nach und nach erhöht, da die Unternehmen, die sie betreiben, zunehmende Verluste erleiden und die Staatskasse ebenfalls zunehmende Schwierigkeiten hat, sie zu tragen. Es geht hier nicht um Gewinne, die auf alle Fälle unbedeutend wären, sondern um Deckung von Kosten, wobei auch die Instandhaltungskosten voll berücksichtigt werden müssen. Denn sonst wird an erster Stelle hier gespart, weil es kurzfristig nicht auffällt. Aber dann darf man sich eben nicht beklagen, wenn es Unfälle gibt, die vielen Menschen das Leben kosten.

Der Preis für Benzin und Diesel-treibstoff ist schon im letzten Jahr über die allgemeine Inflation hinaus erhöht worden. Jetzt hat die Präsidentin den Unternehmen der Branche einen viel höheren Preis zugestanden. Bei Gas soll der Preis für solches aus neuen Lagern u$s 7,50 je Mio. BTU betragen, gegen unter u$s 3 für das aus bestehenden Lagern geförderte Gas. Auch bei Gas, das im Rahmen des Programmes "Gas Plus" gefördert wird, bei dem es sich um neue Lager handelt, liegt der Preis um u$s 6 je Mio BTU. Doch anlässlich des Abkommens mit der Bulgheroni-Gruppe wurde in der Vorwoche der Exportzoll stark verringert, so dass die Unternehmen einen viel höheren Nettopreis erhalten. Das wirkt sich auch auf den internen Preis für Rohöl aus, der dann auf Benzin, Dieselöl, Heizöl, Kerosin und Schmierstoffe übertragen wird. Man kann somit eine weitere und bedeutender Zunahme der Preise dieser Produkte vorwegnehmen. was sich dann allgemein auf die Strompreise, die Transportarife und die Kosten von Industrie, Landwirtschaft und Handel auswirkt.

Hinzu komt dann noch der Umstand, dass in den letzten Monaten der Abwertungsrhythmus gestiegen ist und wohl noch mehr steigen muss, um die rezessive und zunehmende konfliktive Wirkung des zunehmend zurückbleibenden Wechselkurses zu verhindern. Im Laufe des Jahres 2012 wurde der Peso gegenüber dem Dollar um 14% abgewertet, bei einer Zunahme der internen Preise von etwa 25%. Gelegentlich muss die Differenz durch eine stärkere Abwertung aufgeholt werden. Doch das wirkt intern preiserhöhend und somit auch negativ auf das Realeinkommen der Bevölkerung.

Die Regierung hat sich bemüht, den Konsum zum Jahresende hoch zu halten, u.a. indem Pensionen und Hinterbliebenenrenten, plus der halbe zusätzliche Jahresbetrag, schon vor Weihnachten gezahlt wurden, und das hat sich direkt auf den besonderen Konsum zum Jahresende ausgewirkt. Auch Beamtengehälter wurden zum Teil vorher gezahlt. Aber dieses Geld fehlt dann im Januar. Der Verband CAME (Confederación Argentina de la Mediana Empresa) der vornehmlich den Einzelhandel vertritt, berichtet, dass der Dezemberumsatz zu konstanten Werten um 4,3% über dem gleichen Vorjahresmonat lag, wobei ganz 2012 nur eine Zunahme von 2,4% gegenüber 2011 ausweist. Im Dezember lag der durch Weihnachten bedingte Umsatz um 13,3% über dem Vorjahr.

All die genannten Umstände bedeuten in der Praxis eine Senkung des Realeinkommens der Bevölkerung in diesen Jahr, also auch des Reallohnes und des Konsums. Da die Wirtschaft stagniert, so dass das Bruttoinlandsprodukt bestenfalls leicht über der Bevölkerungszunahme steigt (und eventuell sogar leicht zurückgeht!) nimmt die Beschäftigung im privaten Bereich nicht zu. Und im Staat wäre es einfach unverantwortlich, noch mehr unnötige Beamte einzustellen, deren Kosten das Defizit erhöhen. Die moderne Computertechnologie wirkt arbeitssparend und somit gegen die Beschäftigung. Somit kann man auch keine Konsumzunahme durch höhere Beschäftigung erwarten.

Die Zeitung "La Nación" berichtet in ihrer letzten Sonntagsausgabe (auf Seite 1, wo nur geprüfte Meldungen erscheinen), auf der Grundlage eines Gesprächs mit einem hohen Regierungsbeamten, dass jetzt an einem Massnahmenpaket gearbeitet wird, das zur Schaffung von zusätzlichem Konsum bestimmt ist. Das bezieht sich an erster Stelle auf eine Erhöhung des steuerfreien Minimums und auf eine Erweiterung derjenigen, die Kindergelder erhalten. Hinzu kommen dann noch Erweiterungen bei Sozialprogrammen und mehr öffentliche Arbeiten in Gemeinden, die besonders arbeitsintensiv sind. Doch letzteres läuft auf höheres Defizit der Staatsfinanzen hinaus, das letztlich die ZB finanzieren muss.

Die Regierung will angeblich, dass die Verhandlungen über Erneuerung der Arbeitsverträge beschleunigt werden, damit die Lohnerhöhungen so bald wie möglich erfolgen. Sie befürchtet sonst beim Konsum einen besonders schwachen Sommer, umso mehr als viele Menschen ihre Ausgaben auf ihren Ferienaufenthalt konzentrieren und somit zum Ausgleich ihren normalen Konsum einschränken. Das Problem besteht hier jedoch darin, dass diese Eile bei den Lohnabschlüssen die Haltung der Unternehmer schwächt. Angeblich will die Regierung die Zulagen auf 20% begrenzen und an die aufgeführten Steuervorzüge knüpfen. Wie dies konkret vollzogen werden soll, steht vorerst in den Sternen geschrieben. Den Beamten dieser Regierung fällt es allgemein schwer, Konzepte dieser Art in konkrete Massnahmen umzusetzen. Man muss sich hier bewusst sein, dass die Gewerkschafter schlaue Füchse sind, die die Schwächen des Gegners sofort erkennen und sie konsequent ausnutzen. Die Regierung mutet ihnen jetzt zu, dass sie einen Reallohnverlust

hinnehmen, und das kommt für sie nicht in Frage. Tatsache ist eben, dass CK und ihre Mannschaft die These der ständigen Zunahme des Reallohnes, und allgemein des Anteils des Arbeitseinkommens am BIP, aufgestellt haben und jetzt nicht bereit sind, zu sagen "was gebe ich auf mein dummes Geschwätz von gestern". Man kann somit auf alle Fälle damit rechnen, dass aus den 20% dann 25%, 30% und mehr werden. Dass die Gewerkschaft der Kfz-Industrie, die angeblich der Regierung nahe steht und deren Arbeitnehmer zu den bestbezahlten des Landes gehören, jetzt ein Abkommen für nur sechs Monate fordert, spricht Bände. Mit Freunden dieses Schlages braucht die Regierung wirklich keine Feinde!

Die Erhaltung der Gesamtnachfrage, so wie sie sich die Regierung vorstellt, läuft auf eine höhere staatliche Belastung und ein zunehmendes Defizit hinaus, dass dann von der ZB finanziert wird, deren Reserven ohnehin schon für die Amortisation von staatlichen Auslandsschulden eingesetzt werden. Die monetäre Expansion liegt auf Jahresbasis schon zwischen 35% und 40% (je nachdem welches monetäre Konzept man verwendet), auf alle Fälle über der Inflation, und weist eine steigende Tendenz auf. Das bedeutet, dass die Inflation nicht nur von der Lohnseite, den Tariferhöhungen, der Zunahme der Brennstoffpreise und der Abwertung angeheizt wird, sondern auch durch die monetäre Expansion. Das verheisst eine höhere Inflation, die dann die reale Kaufkraft verringert und rezessiv wirkt. Die Katze beisst sich in den Schwanz.

Das kurzfristige Denken der Regierungsführung schafft immer weitere Probleme. Die Stagnation muss eben als Tatsache hingenommen werden, und es muss eine Strategie entwickelt werden, damit sie nicht in einer Dauerstagnation ausartet. Im Grunde muss man dabei weniger an Konsum und effektive Nachfrage denken, als an die echten Wachstumsursachen, nämlich Investitionen, Effizienzzunahmen, neue Technologie und bessere Ausbildung. Man muss grundsätzlich rationell denken, und die Konzepte "Effizienz" und "Prioritäten" verstehen. Das schliesst auch die Achtung der Rechtsordnung, die Eingliederung in die Welt und die Lösung der zahlreichen Konfliktsituationen durch Verhandlung und Kompromisse mit ein. In einigen Aspekten merkt man, dass sich die Präsidentin mühsam in diese Richtung durchringt, so jetzt bei der Erdölpolitik. Aber sie ist noch weit davon entfernt, diese Problematik gesamthaft zu verstehen. Die Lösungen kommen bei dieser Regierung stets zu spät und nur zaghaft, und dann wirken sie eben nur wenig, weil die Probleme inzwischen zunehmen.

Die schwelende Gefahr eines erweiterten Defaults

Das Problem mit den sogenannten Geierfonds u.a. Holdouts, die leicht über 7% der ursprünglichen Staatsschuld halten, die 2005 und 2010 umgeschuldet wurde, und das Angebot zwei Mal abgelehnt haben, verbleibt ungelöst. Am 27. Februar läuft die Galgenfrist ab, die die Berufungskammer von New York für die Wirksamkeit des erstinstanzlichen Urteils von Richter Thomas Griesa, gesetzt hat, das die volle Zahlung an die Kläger verfügte. Da es kein Konkursrecht für Staaten gibt, kann die Annahme eines Vorschlages des Schuldnerstaates durch Gläubiger, die fast 93% der Schuld darstellen, nicht auf den Rest ausgedehnt werden, wie es bei einem privaten Konkursverfahren der Fall wäre. Der Richter hat somit keine andere Möglichkeit, als die volle Zahlung des geschuldeten Betrages anzuordnen. Die Frist, die die Berufungskammer Argentinien jetzt gegeben hat, ist dazu bestimmt, eine aussergerichtliche Einigung mit den Holdouts zu erreichen, von denen der weitaus grösste Betrag auf die Geierfonds entfällt.

Präsidentin Cristina Kirchner und ihre engen Berater (Präsidialsekretär Carlos Zannini, die Staatssekretäre Axel Kiciloff und Guillermo Moreno, eventuell noch ZB-Präsidentin Mercedes Marcó del Pont und Industrieministerin Debora Giorgi) haben offensichtlich den Ernst der Lage nicht begriffen. Dass die US-Regierung und die Federal Reserve sich dafür eingesetzt haben, dass eine friedliche Lösung erreicht werde, bedeutet in keiner Weise, dass sie für eine Verletzung der Rechtsordnung eintreten. Auch die Vorstellung vor Gericht von Vertretern der Inhaber der neuen Bonds, die nach der Umschuldung von 2005 und 2010 ausgegeben wurden, gegen das Griesa-Urteil, ändert nichts an der Tatsache, dass weder die Rechtsordnung der USA, noch der anderen zivilisierten Staaten, vorsieht, dass die Holdouts gezwungen werden können, das Angebot der argentinischen Regierung anzunehmen.

CK hat dies gründlich missverstanden, als sie den Fall so interpretierte, dass der Präsident in den USA auch über die Justiz entscheide. Für CK kann es keine Gewaltentrennung geben, wie sie zum Wesen eines modernen Staates gehört und in den USA eine Selbstverständlichkeit ist. Sie will die Justiz unterjochen, wobei das Parlament eigentlich schon eine Art Regierungsnotariat ist, dass nur beglaubigt, was die Regierung entscheidet. Nachdem der Oberste Gerichtshof und auch einige Richter (gewiss nicht alle) unterer Instanzen jetzt rebellieren, und Recht vor Politik stellen, ist CK wütend. Es klingt wie ein Witz, dass gegenwärtig in Argentinien über die Gewaltentrennung diskutiert wird, die Montesquieu schon im 18. Jahrundert als Grundsatz der Staatsstruktur aufgestellt hat.

Nachdem CK zunächst kategorisch erklärt hatte, den Geierfonds würde überhaupt nichts gezahlt, musste sie jetzt einen Rückzieher machen. Jene Erklärung war, um es mild zu sagen, unvorsichtig, da Richter Griesa dies als zusätzliches Argument für sein drastisches Urteil verwendete. Wirtschaftsminister Hernán Lorenzino hatte sich schon vor diesem Urteil gegenüber der Präsidentin dafür eingesetzt, dass den Holdouts eine neue Gelegenheit gegeben werden solle, sich dem Umschuldungsangebot anzuschliessen, was bedeutete, dass zunächst sofort das Gesetz ausser Kraft gesetzt werden musste, das dies verbietet. CK wiedersetzte sich dieser Initiative kategorisch (wie verlautet, mit einem ihrer periodischen Wutausbrüche). Doch jetzt musste sie nachgeben, was vorauszusehen war.

Die Regierung schlägt jetzt vor, eine neue Umschuldungsrunde einzuführen, wenn die Holdouts sich verpflichten, sich anzuschliessen. Es soll ihnen das gleiche angeboten werden, was bei der Umschuldung von 2010 gezahlt wurde, was etwas weniger als bei der ersten Runde, im Jahr 2005, war. Wie immer bei dieser Regierung, ist es ein halbherziger Vorschlag: die Umschuldungsmöglichkeit sollte schon verfügt und als effektives Angebot vorgelegt worden sein. Das wäre überhaupt kein Problem. Wenn sich die Holdouts diesem Angebot anschliessen, dann sinkt der an diese geschuldete Betrag von jetzt u$s 11,2 Mrd auf u$s 4,2 Mrd, die ausserdem zum grössten Teil in langfristigen Staatspapieren zu niedrigem Zinssatz beglichen werden. Das liesse sich ohne Schwierigkeiten verkraften.

Die Geierfonds, also Anlagefonds, die argentinische Staatstitel nach der Defaulterklärung von Ende 2001 und der Krise der argentinischen Wirtschaft zu Schleuderpreisen am Markt gekauft haben, die den weitus grössten Teil der ausstehenden Schuld besitzen, haben sich bisher geweigert, das Angebot der argentinischen Regierung anzunehmen. Man kann damit rechnen, dass sie es auch jetzt nicht annehmen. Was die argentinische Regierung erreicht, wenn sie sich dennoch bereit erklärt, die Holdouts so zu behandeln, wie die Gläubiger, die das Umschuldungsangebot im Jahr 2010 angenommen haben, ist dass die Richter zumindest die Botschaft erhalten, dass der Wille besteht, das Problem zu lösen. Doch das wäre nur ein Ausgangspunkt.

Bei voller Zahlung an die Geierfonds u.a. Holdouts stellt sich das Problem, dass diejenigen, die sich der Umschuldung angeschlossen haben, dann die Differenz zum ursprünglichen Wert fordern können. Das wäre dann etwa zwei Mal so viel, wie der Gesamtwert der Titel, die sie jetzt haben, was unbezahlbar wäre. Das ist jedoch kein juristisches Argument. Die argentinische Regierung hat sich verpflichtet, den Holdouts nicht mehr zu zahlen als denjenigen, die die Umschuldung angenommen haben. Wenn jedoch die US-Justiz die volle Zahlung an die Holdouts verfügt, kann die argentinische Regierung sich auf den Standpunkt stellen, das nicht sie diese Zahlung beschlossen habe, sondern die US-Richter, so dass eben nur ein Urteil der US-Justiz erfüllt würde. Dabei wäre es wichtig, dass ausdrücklich bestimmt wird, dass das Urteil zu Gunsten der jetzigen Kläger nicht für die Inhaber von argentinischen Staatspapieren gilt, die den zwei Umschuldungsrunden entstammen.

Wenn die argentinische Regierung schliesslich das Urteil nicht erfüllt, das eine volle Zahlung an die Holdouts verfügt, dann kommen grosse Schwierigkeiten auf. Zunächst wäre es dann zumindest fragwürdig, ob die Zahlung an die bestehenden Bondsinhaber vollzogen werden kann. Denn dabei müssten die Banken (in diesem Fall die Bank of New York, die mit diesen Zahlungen beauftragt wurde) auch die Holdouts berücksichtigen, da sie ein US-Gerichtsurteil nicht missachten können. Wenn dabei die Gesamtsumme nicht ausreicht, dann muss sowohl bei den normalen Zahlungen wie bei denjenigen an die Holdouts der gleiche prozen-

tuale Abschlag vorgenommen werden. Das ist der Inhalt der Klausel "pari passu", auf die sich Richter Griesa in seinem Urteil bezieht. Das wäre dann ein sogenannter "technischer" Default, der im Wesen jedoch einem normalen Default gleichgestellt wird. Um dies zu verhindern, müsste die argentinische Regierung somit den Betrag erhöhen, um die Holdouts voll auszuzahlen. Das wäre rein finanziell möglich, so dass auch das Argument der Unmöglichkeit der Zahlung in diesem Fall nicht gültig wäre.

Wenn es die Regierung auf einen erweiterten Default ankommen lässt (was bei einer so eigenwillig und willkürlich handelnden Präsidentin durchaus möglich ist), dann kann man vorwegnehmen, dass sich der Konflikt ausdehnt, eventuell mit Beschlagnahme von Flugzeugen von Aerolineas Argentinas oder auch von Beträgen, die der Staat zunächst an Banken im Ausland überweist, die dann Zahlungen von Gütern verfügt, die der Staat und seine Ämter und Unternehmen im Ausland kaufen. Die Geierfonds würde wohl versuchen, immer mehr Objekte zu beschlagnahmen, was auf alle Fälle störend wirkt. Auch die Filialen der Banco Nación in den USA sind dabei gefährdet.

Dieser Konflikt stört die Beziehungen Argentiniens zur Welt, was sich auch auf Investitionen und Kredite auswirkt, die Zahlungsbilanzkrise verschäft und das Wachstum hemmt. Die Regierung müsste sich vernünftigerweise bemühen, dem Defaultzustand ein Ende zu setzen, der solange weiter besteht, als es Holdouts gibt. Zu diesem Zweck müsste direkt mit den Geierfonds verhandelt werden, damit sie sich mit einer Zusatzzahlung auf den Umschuldungsbetrag zufrieden geben, der einem Teil der Differenz zum vollen Nennwert plus angelaufene Zinsen ausmacht. Ob sie sich mit zusätzlich u$s 20 oder u$s 30 pro $ 100 Nennwert zufrieden geben, sei dahingestellt. Aber man sollte es zumindest versuchen, wobei dies auf alle Fälle von der US-Justiz gutgeheissen werden müsste, um Prozesse der umgeschuldeten Gläubiger zu vermeiden. Bisher wurde jedoch nichts in dieser Richtung erwähnt, wobei es ohnehin unwahrscheinlich ist, dass eine so sture und starre Regierung wie die von CK auf eine pragmatische Kompromisslösung eingeht. Man kann somit für den 27. Februar erwarten, dass das Problem wieder auftritt, mit voller Gültigkeit des Griesa-Urteils, das die volle Zahlung an die klagenden Geierfonds verfügt, mit alle seinen oben dargelegten Konsequenzen. Schlimm!